



# Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

**Sektion Politische Psychologie**

**Angewandte Sozialpsychologie**

**Newsletter September 2024**

**In dieser Ausgabe:**

## **AKTUELLES**

- 1. Treffen des Forum Menschenrechte mit Außenministerin Baerbock – Glaubwürdigkeit der deutschen Menschenrechtspolitik in Gefahr**
- 2. Start des neuen Förderprogramms „Zusammenhalt stärken – Menschen verbinden“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 1. September 2024**
- 3. Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2024 – Herausforderungen für die Arbeitsmärkte der Zukunft**
- 4. Neue Studie mit DIW-Beteiligung – Elternzeit während der Corona-Pandemie**

## **VERÖFFENTLICHUNGEN**

- 1. FidAR: Veröffentlichung des WoB-Index Niedersachsen am 27. August 2024**
- 2. DIW Berlin: Zufriedenheit mit Einkommen, Arbeit und Gesundheit unterscheidet sich nach Haushaltseinkommen, Alter und Elternschaft**
- 3. Fortschritte bei der Frauenquote in Aufsichtsräten in den Vereinigten Arabischen Emiraten**
- 4. Pressestatement des Deutschen Frauenrats zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen**
- 5. Pressemitteilung des Deutschen Frauenrats zur Positionierung der UN-Botschafterin Reem Alsalem gegen das Deutsche Selbstbestimmungsgesetz**

---

## AKTUELLES

- **Treffen des Forum Menschenrechte mit Außenministerin Baerbock – Glaubwürdigkeit der deutschen Menschenrechtspolitik in Gefahr**

Im August fand das jährliche Treffen des **Forum Menschenrechte (FMR)** mit Außenministerin **Annalena Baerbock**, der Menschenrechtsbeauftragten **Luise Amtsberg** und weiteren hochrangigen Vertreter\*innen des Auswärtigen Amtes statt. Die Besorgnis des FMR über die **Glaubwürdigkeit der deutschen Menschenrechtspolitik** war ein zentrales Gesprächsthema. Grund für diese Besorgnis ist die Ansicht der teilnehmenden NGOs, dass verschiedene Standards bei der Anwendung des Völkerrechts diese Glaubwürdigkeit gefährden.

Das FMR, ein Netzwerk von über **50 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs)**, setzt sich seit Jahren für einen stärkeren Schutz der Menschenrechte ein. Auch der **Deutsche Frauenrat**, der dem Forum schon lange angehört, war bei dem Treffen dabei und brachte ein **Aide Mémoire zur feministischen Außenpolitik** ein.

Im Rahmen der Gespräche wurden verschiedene Punkte thematisiert, wie z.B. die Kohärenz und Glaubwürdigkeit einer menschenrechtsbasierten Außenpolitik. Weitere Punkte waren die Menschenrechte in Europa, die Externalisierung der Migrationspolitik und Menschenrechte im digitalen Raum.

Des Weiteren wurden **80 Aide-Mémoires** überreicht, die am 9. Oktober, anlässlich des 30-jährigen Bestehens des FMR, veröffentlicht werden sollen. Die Aide-Mémoires enthalten konkrete Empfehlungen für die deutsche Menschenrechtspolitik, damit diese kohärent und glaubwürdig bleibt.

Anlass des jährlichen Treffens mit der Außenministerin, Menschenrechtsbeauftragten und weiteren Mitgliedern des Auswärtigen Amtes ist die **Diskussion über aktuelle menschenrechtspolitische Themen und Herausforderungen**.

- **Start des neuen Förderprogramms „Zusammenhalt stärken – Menschen verbinden“ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 1. September 2024**

Am 1. September 2024 startet das **Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** das neue Förderprogramm **„Zusammenhalt stärken – Menschen verbinden“**. Die Förderung des Programms findet durch Mittel des **Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus)** statt und nimmt erstmals die **Zielgruppe der 28 bis 59-Jährigen** in den Fokus.

Bundesfamilienministerin **Lisa Paus** stellte das Programm am 3. September im Rahmen der **Auftaktveranstaltung** vor. Teilnehmer dieser Veranstaltung waren die 19 Kommunen, die die Träger des neuen Programms sein werden. Frau Paus beschreibt das Programm als **zentralen Meilenstein der Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit** für alle Altersgruppen. Sie betont die Wichtigkeit, in der Gruppe der 28 bis 59-Jährigen, entsprechende Programme gegen Einsamkeit anzubieten, da diese Zeit von vielen Umbruchssituationen geprägt ist.

Das Programm intendiert den **Auf- und Ausbau von kommunalen Strukturen**, um soziale Isolation und Einsamkeit vorzubeugen und zu lindern. Ein weiteres Ziel ist die **Verbesserung der sozialen Teilhabe und Arbeitsmarktchancen** der Menschen in dieser Zielgruppe.

Das Programm verfolgt **verschiedenen Ansätze** und beinhaltet **unterschiedliche Projekte**. Eins dieser Projekte befasst sich z.B. mit speziellen Angeboten für Neubürger\*innen, Alleinerziehende oder kinderlose Menschen.

Die **Finanzierung des Programms** setzt sich aus Mitteln des ESF Plus und Eigenmitteln der Kommunen zusammen.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zu **weiterführenden Informationen**:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/strategie-der-bundesregierung-gegen-einsamkeit-234582>

- **Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 2024 – Herausforderungen für die Arbeitsmärkte der Zukunft**

Vom **15. bis zum 18. September 2024** findet die **Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik (VfS)** an der Technischen Universität Berlin statt.

Die drei Kernthemen, die bei der diesjährigen Tagung im Fokus stehen werden, sind die **regionale Ungleichheit**, die **Rolle der Frau auf dem Arbeitsmarkt** und **Einwanderung**. Die Erörterung neuester Forschungsergebnisse und Bewertung verschiedener politischer Ansätze findet durch führende Vertreter\*innen statt. Auch das DIW Berlin ist durch eine Vielzahl von Wissenschaftler\*innen vertreten.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zu dem **Programm** mit allen Vorträgen der **VfS-Jahrestagung**:

<https://www.socialpolitik.de/de/programme-2024>

- **Neue Studie mit DIW-Beteiligung – Elternzeit während der Corona-Pandemie**

Am **9. September 2024** wurde die Studie „**Elternzeit während der Corona-19-Pandemie in Deutschland – Frauen, die in der Pandemie Mutter wurden, unterbrachen ihre Erwerbstätigkeit länger**“ veröffentlicht. Es handelt sich um eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit Beteiligung des DIW Berlin, vertreten durch **Katharina Wrohlich, Leiterin der Forschungsgruppe Gender Economics im DIW Berlin**.

Die Studie untersucht die **Auswirkungen der Covid-19-Pandemie** auf die **Erwerbsunterbrechungen von Müttern in Deutschland** und analysiert, inwiefern die besonderen Herausforderungen der Pandemie zu längerer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit führten. Die Studie zeigt, dass Frauen, die **während der Pandemie im Jahr 2020 zum ersten Mal Mutter** wurden, später in den Arbeitsmarkt zurückkehrten als Frauen, die ihr **Kind im Jahr 2018** bekommen hatten. Laut der Studie kehrten 40 Prozent der Mütter, die zwischen März und Oktober 2018 ihr Kind bekamen, ein Jahr nach der Geburt in ihre Erwerbstätigkeit zurück. Nach 18 Monaten lag der Anteil der Mütter in dieser Gruppe, die zurückgekehrt waren, bei 62 Prozent. Auf der anderen Seite lag der Anteil bei Frauen, die zwischen März und Oktober 2020 ihr Kind bekamen, nach einem Jahr bei 35 Prozent und nach 18 Monaten bei 50 Prozent. Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass **Frauen**, die in der **Pandemie Mutter** wurden, ihre **Erwerbstätigkeit länger unterbrachen** als Frauen, die vor der Pandemie Mutter wurden.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zu dem **IAB-Kurzbericht**:

## VERÖFFENTLICHUNGEN

- **FidAR: Veröffentlichung des WoB-Index Niedersachsen am 27. August 2024**

Am 27. August 2024 wurde in Hannover der neue **Women-on-Board-Index (WoB-Index) für Niedersachsen** vorgestellt. Die Veröffentlichung fand in Anwesenheit des Niedersächsischen Ministers für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, **Dr. Andreas Philippi**, und der Staatssekretärin **Dr. Christine Arbogast** statt. Der WoB-Index wurde damit bereits zum dritten Mal veröffentlicht und hat somit laut Minister Dr. Andreas Philippi bereits Tradition. Der WoB-Index ist ein wertvolles Instrument, um die Gleichstellung in niedersächsischen Aufsichtsgremien und Top-Managementorganen zu bewerten.

Im aktuellen **WoB-Index** wurden **103 der größten öffentlichen und privaten Unternehmen Niedersachsens** untersucht. Die Untersuchung von 44 Landesbeteiligungen, 25 kommunalen Unternehmen und 34 privatwirtschaftlichen Unternehmen bot die Grundlage für einen Vergleich zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen. Mit einem Anstieg des Frauenanteils in Aufsichtsgremien **von 27,5 auf 30,6 Prozent** wurde erstmals die 30-Prozent-Marke überschritten. Hierbei ist der Anstieg jedoch vor allem auf die öffentlichen Unternehmen zurückzuführen, während die Gleichstellung in der Privatwirtschaft immer noch stagniert. In den **Top-Managementorganen** sinkt der durchschnittliche Frauenanteil hingegen auf **unter 20 Prozent**.

Ein weiterer Punkt des Nachmittags war der Spoken-Word-Beitrag der Bühnenpoetin **Antonia Josefa**. In ihrem Stück „**Frauen in Führungspositionen**“ thematisierte sie die Notwendigkeit struktureller Veränderung für die Gleichstellung. Sie betonte die Bedeutung eines umfassenden Wandels, der nicht nur Frauen in Führungspositionen, sondern auch Männer in Vaterschafts- und Carearbeit sieht.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zu den genauen Daten des **WoB-Index Niedersachsen**:

<https://wob-index.de/niedersachsen/>

- **DIW Berlin: Zufriedenheit mit Einkommen, Arbeit und Gesundheit**

**Laura Buchinger, Theresa Entringer** und **Daniel Graeber**, Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, berichten über die **Zufriedenheit mit Einkommen, Arbeit und Gesundheit**. Hierbei wird zwischen verschiedenen Faktoren, wie z.B. Haushaltseinkommen, Alter und Elternschaft unterschieden. Die Entwicklung der Zufriedenheit wird im Zeitraum **von 2004 bis 2021** untersucht. Als Grundlage für die Analyse dient **das Sozio-ökonomische Panel (SOEP)**. Dieser Datensatz enthält repräsentative Daten aus Deutschland zur allgemeinen Lebenszufriedenheit aber auch zu verschiedenen Bereichen. Um die Zufriedenheit zu erfassen, gaben die Befragten ihre Zufriedenheit auf einer Skala von 0 („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) an.

Die **allgemeine Lebenszufriedenheit** lag im Jahr 2004 noch bei 6,7 Punkten und **stieg** im Jahr 2021 auf 7,4. Neben dieser allgemeinen Lebenszufriedenheit kann jedoch auch die Zufriedenheit in spezifischen Bereichen betrachtet werden. Auffällig ist, dass die allgemeine Zufriedenheit meist höher als die Bereichszufriedenheiten ist.

Eine der Bereichszufriedenheiten, die untersucht wurden, war die **Zufriedenheit mit dem Einkommen**. Hier gab es einen **Anstieg** der durchschnittlichen Einkommenszufriedenheit von 5,5

Punkten im Jahr 2004 auf 6,9 Punkte im Jahr 2021. Eine interessante Beobachtung ist, dass Männer über den ganzen Zeitraum hinweg zufriedener mit ihrem Einkommen waren als Frauen. Der Unterschied zwischen **Männern und Frauen** hat sich jedoch zunehmend verkleinert. Während der Unterschied 2004 noch bei 0,6 Punkten lag, waren es im Jahr 2021 nur noch 0,2 Punkte. Der stärkere Anstieg der Einkommenszufriedenheit bei Frauen deutet deshalb auf eine schrittweise Annäherung hin. Weitere Beobachtungen sind, dass die Unterschiede hinsichtlich der Einkommenszufriedenheit zwischen **Ostdeutschland und Westdeutschland** auch immer mehr abnehmen und Menschen über 30 Jahre bis heute immer zufriedener mit ihrem Einkommen waren als Menschen bis 30 Jahre.

Eine weitere Bereichszufriedenheit war die **Zufriedenheit mit der Arbeit**. Die durchschnittliche Arbeitszufriedenheit **stieg** von 6,8 Punkten im Jahr 2004 auf 7,2 Punkte im Jahr 2021. Interessante Beobachtungen sind, dass **Menschen bis 30 Jahre** in der Regel zufriedener sind als Menschen über 30. Trotz der geringeren Einkommenszufriedenheit bei Frauen, sind **Frauen genauso zufrieden** mit ihrer Arbeit **wie Männer**. Eine weitere Beobachtung ist, dass die **Unterschiede** hinsichtlich der Arbeitszufriedenheit zwischen und **Ost- und Westdeutschland** über die Jahre hinweg nahezu **verschwunden** sind.

Die dritte untersuchte Bereichszufriedenheit ist die **Zufriedenheit mit der Gesundheit**. Die durchschnittliche Gesundheitszufriedenheit blieb **über die Jahre relativ stabil** bei 6,5 Punkten und stieg im Jahr 2021 auf 6,9 Punkte. Zu beobachten ist, dass Männer in der Regel zufriedener mit ihrer Gesundheit sind als Frauen. **Menschen mit niedrigem Einkommen sowie Eltern und Menschen über 30 Jahre** zeigen eine **geringere Zufriedenheit** mit ihrer Gesundheit. Eine Möglichkeit für die geringere Zufriedenheit mit ihrer Gesundheit könnte z.B. sein, dass diese Gruppen häufig größere Belastungen erleben, was sich negativ auf die Zufriedenheit auswirkt.

Die Studie hebt hervor, dass insbesondere **Personen aus dem unteren Einkommensdrittel und Eltern** Unterstützung benötigen, um ihre Zufriedenheit zu steigern. Politische Maßnahmen wie eine Verbesserung der Betreuungssituation und weniger Bürokratie bei der Beantragung von Leistungen könnten hier Abhilfe schaffen.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zur **ganzen Studie**:

[https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.911729.de/24-34.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.911729.de/24-34.pdf)

- **Fortschritte bei der Frauenquote in Aufsichtsräten in den Vereinigten Arabischen Emiraten**

Am 28. August 2024 wurde in den Vereinigten Arabischen Emiraten der **Emirati Women's Day** gefeiert. Ein Tag, an dem die Entwicklungen in der Geschlechtergleichstellung hervorgehoben wurden. Der **Frauenanteil in den Aufsichtsräten der VAE** ist **von 3,5 %** im Jahr 2020 **auf 10,8 % gestiegen**, was die VAE im Vergleich zu anderen arabischen Staaten an die Spitze bringt. Der Frauenanteil in Oman liegt bei 5,8 %, in Bahrain bei 5,5 %, in Kuwait bei 5,0 %, in Saudi-Arabien bei 2,0 % und in Katar bei 1,8 %.

Bei den genannten Ländern handelt es sich um Regionen, in denen die Gleichstellung der Geschlechter traditionell weniger fortgeschritten ist, als in anderen Regionen wie z.B. Deutschland. Die Entwicklung der Frauenanteile in den Aufsichtsräten in diesen Ländern zeigt, dass positive Veränderungen realistisch und möglich sind. Trotzdem sind die Unterschiede im Vergleich zu Ländern immer noch deutlich zu sehen. So zeigt der **aktuelle WoB-Index**, dass **Deutschland** bereits einen deutlich **höheren Frauenanteil in Aufsichtsräten** hat.

- **Pressestatement des Deutschen Frauenrats zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen**

In einer Pressemitteilung vom 2. September 2024 beschreibt der Deutsche Frauenrat, vertreten durch **Judith Rahner**, die **Wahlergebnisse aus Sachsen und Thüringen** als eine „**Katastrophe mit Ansage**“ und kritisiert die hohe Zustimmung zu der rechtsextremen AfD.

In dieser hohen Zustimmung sieht Rahner eine **Gefahr für die Frauen- und Minderheitsrechte** sowie einen direkten Handlungsauftrag für die Bundesregierung, der darin bestehe, die hart erkämpften Frauen- und Minderheitsrechte zu schützen.

Diese Aussage baut Rahner durch konkrete Forderungen aus. So soll Frauen das Recht zum Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft durch Streichung des § 218 gesichert werden. Außerdem soll die Zivilgesellschaft durch ein Demokratiefördergesetz gestärkt werden und Frauen sollen durch ein Gewalthilfegesetz vor patriarchaler Gewalt geschützt werden.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zur **Pressestatement**:

<https://www.frauenrat.de/pressestatement-der-geschaeftsfuehrerin-des-deutschen-frauenrats-judith-rahner-zu-den-landtagswahlen-in-sachsen-und-thueringen/>

- **Pressemitteilung des Deutschen Frauenrats zur Positionierung der UN-Botschafterin Reem Alsalem gegen das Deutsche Selbstbestimmungsgesetz**

**Reem Alsalem** ist Berichterstatterin der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Nachdem Alsalem sich bereits im April dieses Jahres negativ zu genderaffirmativen Maßnahmen im Vereinigten Königreich geäußert hatte, äußerte sie sich nun auch zur Einführung des **Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG)** in Deutschland und kritisierte, dass es den Menschen- und Frauenrechten widersprechen würde. In einer gemeinsamen Erklärung widersprachen der **Deutsche Frauenrat**, das **Jugendnetzwerk Lambda (Bundesverband)**, **Bundesverband Trans\*** und der **Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)** der Einschätzung von Alsalem.

So stellt **Dr. Beate von Miquel**, **Vorsitzende des Deutschen Frauenrats**, klar, dass Transfrauen Frauen seien und Transrechte somit auch Menschenrechte seien. Der Deutsche Frauenrat lehne es klar ab, Frauenrechte gegen die Rechte von Trans\* Personen auszuspielen. Kritisiert wird außerdem die pauschale Unterstellung, dass Transfrauen ein gewaltvolles Verhalten zeigen würden. Transfrauen seien in der Öffentlichkeit oft selbst Opfer von Gewalt, somit schließe der Einsatz des Frauenrats gegen Gewalt selbstverständlich auch Transfrauen mit ein. Der Deutsche Frauenrat betont, dass der **Schutz von Transfrauen** ein wichtiger **Bestandteil des Einsatzes für Frauenrechte** sei.

Mit folgendem **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung** und allen **Stellungnahmen**:

<https://www.frauenrat.de/un-berichterstatterin-positioniert-sich-gegen-deutsches-selbstbestimmungsgesetz/>

